

Umfragen und Stimmungsbilder zu aktuellen Themen aus Steuerpolitik, Sozialpolitik, Arbeitspolitik, Europapolitik und Management. 12. August 2011

□ Umfrage zur Steuerpolitik

Führungskräfte räumen Schuldenabbau und Steuervereinfachung den klaren Vorrang ein

In der aktuellen, von Zielkonflikten geprägten, steuerpolitischen Debatte halten 99 Prozent der Führungskräfte einen kurzfristigen Abbau der Neuverschuldung für „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“.

Eine im Juli durchgeführte Umfrage des Panels „Manager Monitor“ mit 332 Teilnehmern (Teilnahmequote: 33 Prozent) hat untersucht, welche Wünsche die Mitglieder aus der Verbandsgruppe des Deutschen Führungskräfteverbandes ULA an den Steuergesetzgeber haben.

Kernergebnis: Führungskräfte räumen den Zielen des Abbaus der Verschuldung und einer konsequenten Vereinfachung des Steuersystems den Vorrang vor anderen, im Grundsatz ebenfalls unterstützten Zielen ein.

Einen kurzfristigen Abbau der Neuverschuldung halten 99 Prozent der Befragten für „eher wichtig“ oder „sehr wichtig“ (87 Prozent wählen die Kategorie „sehr wichtig“, 10 Prozent „eher wichtig“). Den langfristigen Abbau der bestehenden Schulden halten 88 Prozent der Befragten für wichtig („sehr wichtig“: 73 Prozent).

Bei der Bewertung von Forderungen, die auf eine Steuerentlastung zielen – „Abbau der kalten Progression“ und einer „Abmilderung der Steuerprogression für mittlere Einkommen (sog. „Mittelstandsbauch“) – liegen die Werte für „wichtig“ zusammengefasst zwar ebenfalls hoch, nämlich bei 76 Prozent und 72 Prozent. Die Anteile der Befragten, die diese Ziele für „sehr wichtig“ halten, liegen mit 37 % und 26 % aber deutlich unter den Ergebnissen zum Thema Schuldenabbau.

Eine Steuerentlastung im oberen Einkommensbereich (verringertes Spitzensteuersatz, höhere Einkommensgrenze) halten, zusammengefasst, sogar gar nur 29 Prozent für wichtig.

Ebenfalls zur Bewertung stand das Reformmodell von Professor Paul Kirchhof, das vor wenigen Wochen in erneuerter Form präsentiert wurde. Dieses sieht ein System abgestufter Grundfreibeträge und, ab einem zu versteuernden Einkommen von 20.000 Euro, einen einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent vor. Im Gegenzug sollen bestehende steuerliche Abzugsmöglichkeiten radikal begrenzt werden, wodurch die Befürworter des Modells auch dem Vorwurf einer „Umverteilung von unten nach oben“ begegnen möchten.

Eine radikale Steuervereinfachung (nach diesem oder einem ähnlichen Modell) halten unter den Befragten 78 Prozent für ein wichtiges politisches Ziel (sehr wichtig: 50 Prozent).

In einer weiteren Frage, wurden die Teilnehmer gebeten anzugeben, welches Element des derzeitigen Steuersystems sie im Rahmen einer grundlegenden Systemvereinfachung für unentbehrlich und welches für entbehrlich halten.

Die aus der ersten Frage ablesbare Zustimmung für eine „radikale“ Reformvariante“ wurde hier gewissermaßen auf die Probe gestellt. Das Ergebnis macht deutlich, dass die Befragten das politische Grundmodell einer solchen Reform begriffen und verinnerlicht haben, nämlich den Austausch von Vereinfachung und niedrigeren Sätzen gegen den Wegfall von – im Zweifel auch „lieb gewonnenen“ – Abzugsmöglichkeiten. Insbesondere Kinder- und Grundfreibetrag werden mit großer Mehrheit als unverzichtbar angesehen. Auch eine Abschaffung des Ehegattensplittings wird mehrheitlich abgelehnt.

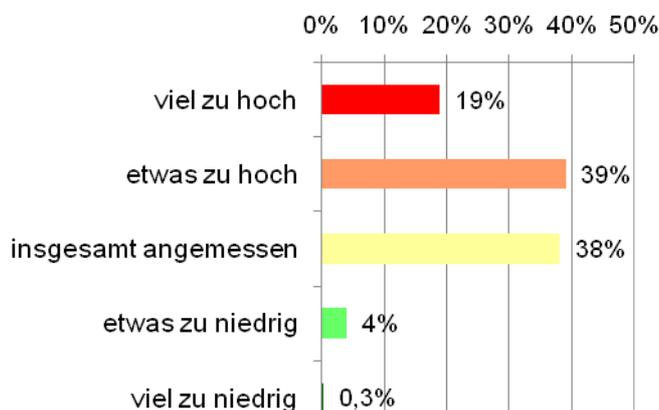
Bei Fragen zu einzelnen Steuerarten ergeben sich ebenfalls differenzierte Auffassungen. Viele Befragten antworten also nicht ausschließlich an Hand ihrer unmittelbaren finanziellen Interessen:

- Hinsichtlich des progressiven Steuersystems wünschen sich 58 % dessen Erhalt (8 % unverändert, 50 Prozent mit einer schwächeren Progression).
- Bei der Erbschaftssteuer sehen 37 Prozent keinen Bedarf für eine Entlastung, 19 Prozent können sich sogar höhere Sätze vorstellen.
- Bei der Frage der Vermögenssteuer spalten sich die Befürworter einer Wiedereinführung und die Anhänger des Status quo (keine Erhebung) im Verhältnis 33 Prozent zu 67 Prozent.

Dass Steuerentlastungen, so segensreich sie für jeden Einzelnen auch sind, zwar ein mehrheitlich gewünschtes, aber nicht das alleroberste Ziel der Befragten sind, lässt sich auch aus den Antworten auf die letzte, resümierende Frage ablesen.

Frage 4)

Unter Berücksichtigung aller politischen und persönlichen Erwägungen empfinde ich meine derzeitige Steuerbelastung als



Die detaillierte grafische Auswertung der Antworten auf alle Fragen aus dieser Umfrage sind umseitig abgedruckt.

WERDEN SIE MITGLIED DES UMFRAGE-PANELS

LESER DIESES NEWSLETTERS KÖNNEN, AUCH WENN SIE NICHT MITGLIED EINES MITGLIEDSVERBANDES DES DEUTSCHEN FÜHRUNGSKRÄFTEVERBANDES ULA SIND, MITGLIED DES UMFRAGE-PANELS WERDEN.

VORAUSSETZUNG IST EINE AKTIVE TÄTIGKEIT ALS ANGESTELLTE FÜHRUNGSKRAFT ODER QUALIFIZIERTE FACHKRAFT UND DIE BEREITSCHAFT ZUR BEANTWORTUNG EINIGER STATISTISCHER FRAGEN ZU IHRER PERSON UNTER WWW.MANAGER-MONITOR.DE.
BITTE KLICKEN SIE AUF DIESER SEITE AUF „MELDEN SIE SICH HIER ALS NEUES MITGLIED DES PANELS AN.“

PANEL-MITGLIEDER ERHALTEN SECHS MAL IM JAHR EINLADUNGEN ZU ONLINE-UMFRAGEN, DIE SELBSTVERSTÄNDLICH ANONYM AUSGEWERTET WERDEN. EINE ABMELDUNG IST JEDERZEIT MÖGLICH.

FÜR FRAGEN STEHT IHNEN GERNE ZUR VERFÜGUNG:

ANDREAS ZIMMERMANN
(ZIMMERMANN@ULA.DE, TE. 030 / 30 69 63 22)

Impressum

Unter www.manager-monitor.de veröffentlicht das FKI (Führungskräfte Institut GmbH) rund sechs Mal pro Jahr die Ergebnisse von Umfragen zu aktuellen Themen aus den Bereichen Steuerpolitik, Sozialpolitik, Arbeitspolitik, Europapolitik und Management. Grundlage der Umfrage ist ein festes Umfragepanel mit rund 1.000 Mitgliedern im Alter zwischen 30 und 65 Jahren. Es handelt es sich um angestellte Fach- und Führungskräfte aus einer Vielzahl von Branchen der privaten Wirtschaft ab. Auftraggeber der Umfrage und Initiator des Panels ist der Deutsche Führungskräfteverband ULA.

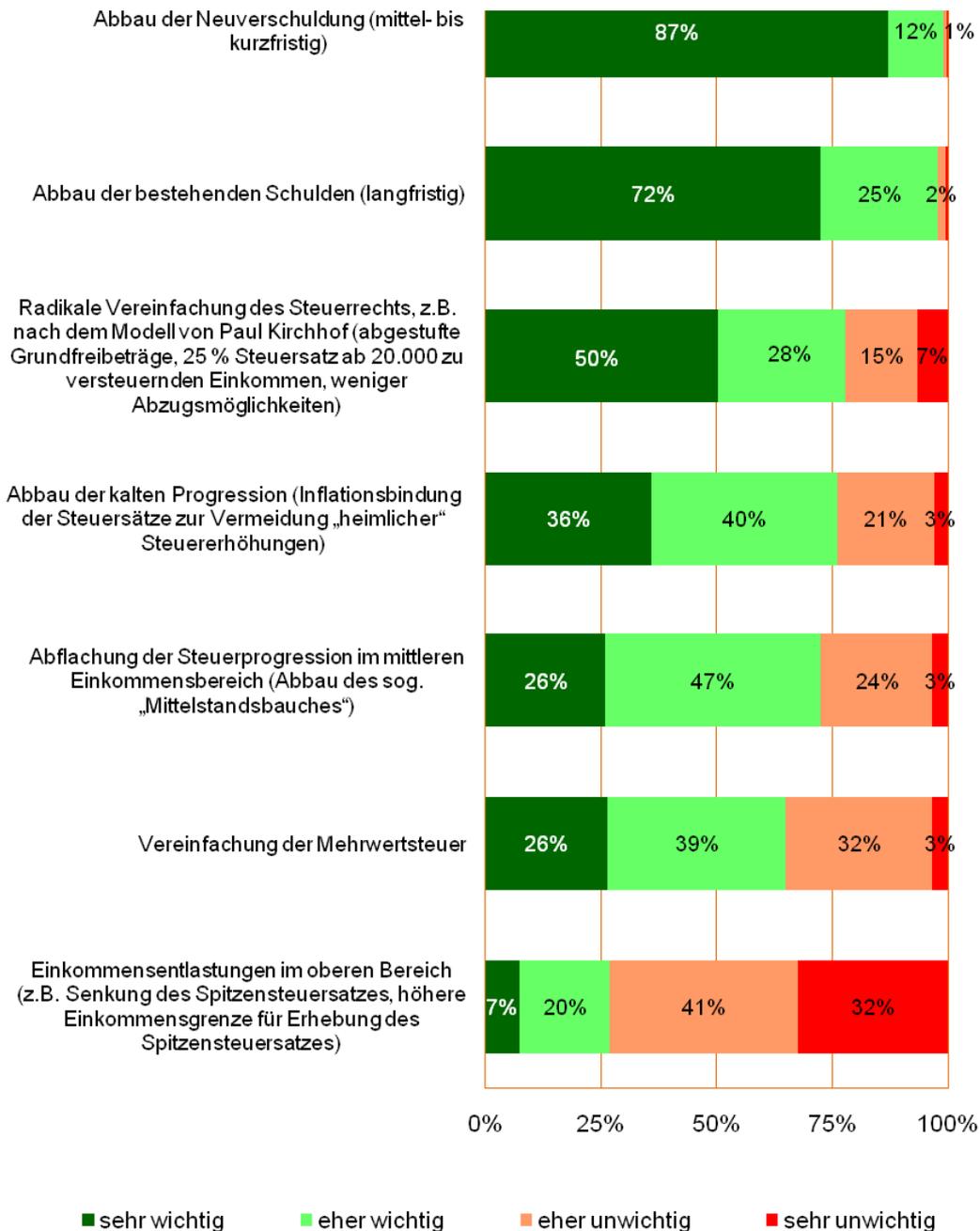
Herausgeber Führungskräfte Institut GmbH
Kaiserdamm 31 | 14057 Berlin
Telefon 030.30 69 63-0 | Fax 030.30 69 63-13
E-Mail info@ula.de | www.ula.de
Geschäftsführer: Ludger Ramme, Andreas Zimmermann
Steuer-Nr. 1127 423 04863
Amtsgericht Charlottenburg HRB 71532

Redaktion Andreas Zimmermann
Verantwortlich Ludger Ramme
Gestaltungskonzept Nolte | Kommunikation

Bezugspreis für die Druckfassung dieses Newsletters: 3 Euro inkl. Porto und USt. pro Ausgabe
Bestelladresse: info@fki-online.de

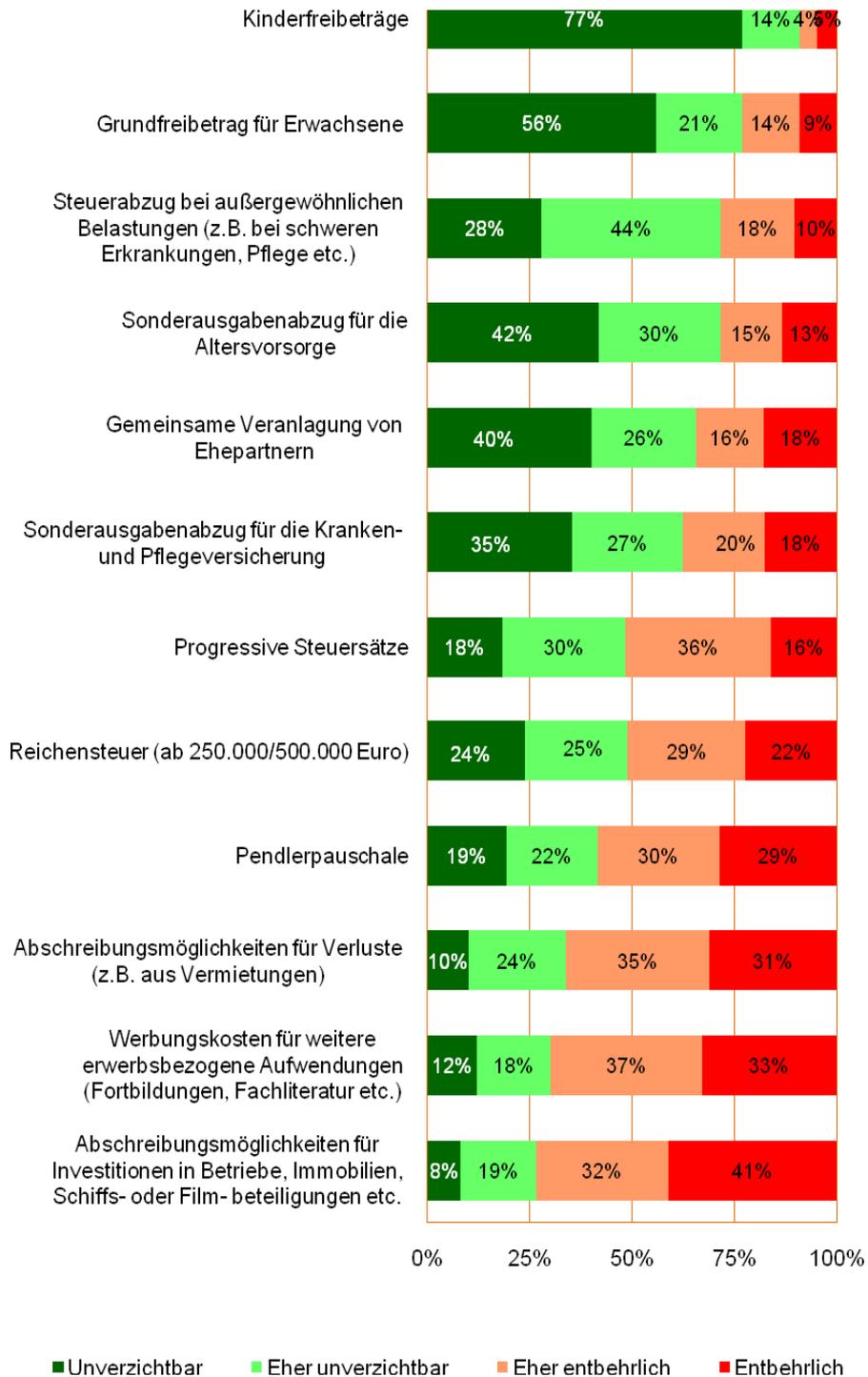
Frage 1)

Die steuerpolitische Debatte dieser Tage ist geprägt vom Widerstreit der Forderungen nach einer Steuerentlastung bestimmter Bevölkerungsgruppen und dem Ziel des Schuldenabbaus. Wie bewerten Sie die Wichtigkeit dieser und weiterer nachfolgender steuerpolitischen Ziele? Bitte berücksichtigen Sie dabei auch mögliche Zielkonflikte.



Frage 2)

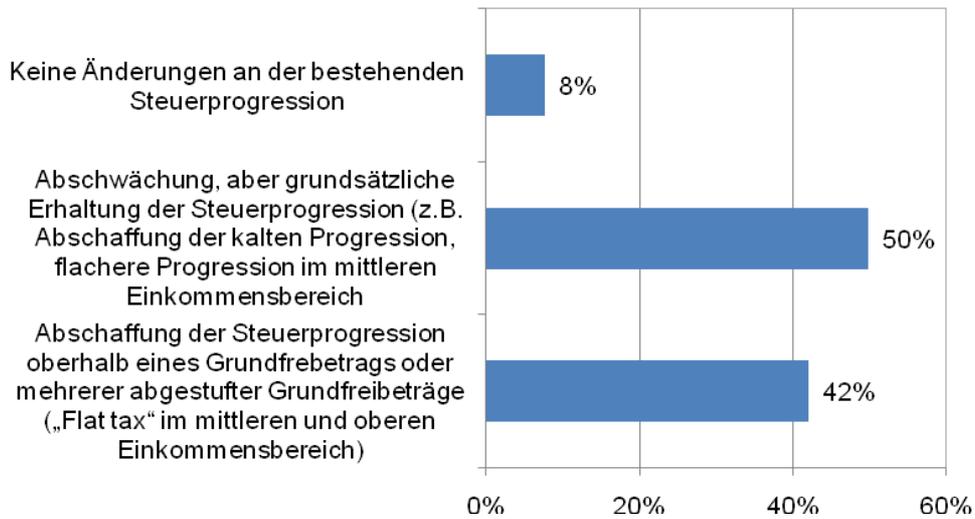
Welches Element des derzeitigen Steuerrechts halten Sie im Rahmen einer grundlegenden Reform für (eher) unverzichtbar oder für (eher) entbehrlich?



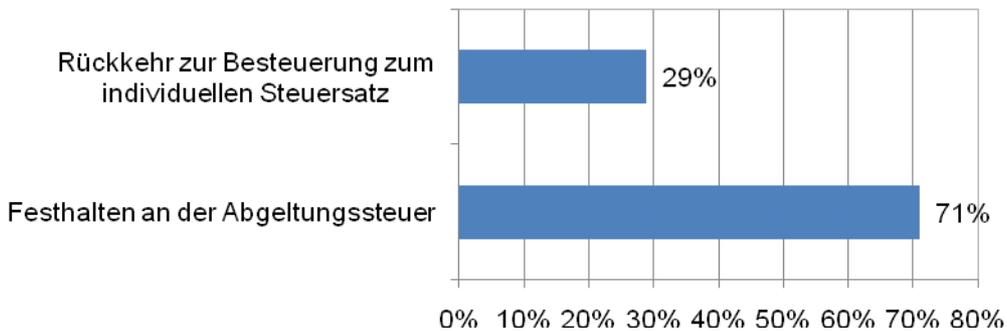
Frage 3)

Nachfolgend werden Sie gebeten, für mehrere Steuerarten von mehreren grundlegenden Reformalternativen diejenige auszuwählen, die Sie aus heutiger Sicht am ehesten für richtig halten. (Es besteht also jeweils nur eine Antwortmöglichkeit)

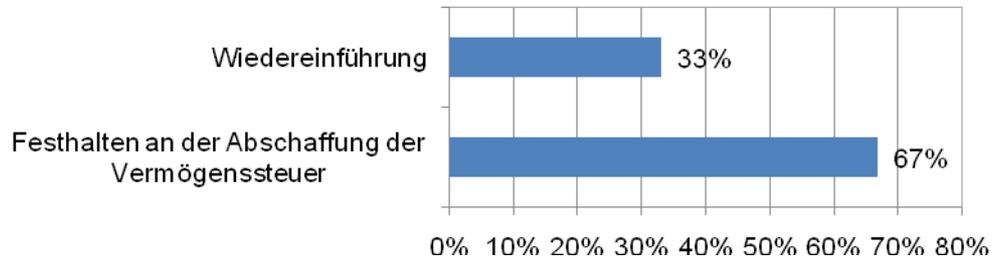
Einkommensteuer



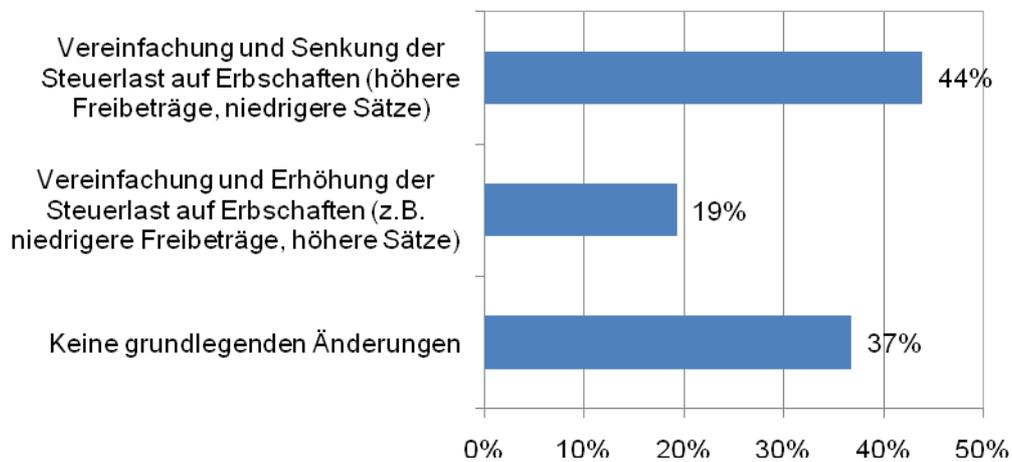
Kapitalertragssteuer



Besteuerung von Vermögen



Erbschaftsteuer



Verbauchsteuern

